

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit / Anlass und Zweck der Verarbeitung

- Beratung, Gestattung und Überwachung im Bereich Wasserrecht (Untere Wasserrechtsbehörde)
- Ihre Angaben werden zur Bearbeitung wasserrechtlicher Anträge und zur Bearbeitung wasserrechtlicher bzw. bodenschutzrechtlicher Vorgänge benötigt.
- Dies betrifft vorrangig folgende Zwecke:
- ordnungsgemäßer Betrieb von Kleinkläranlagen;
 - Erfassung und Überwachung von Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen;
 - Anträge zur Errichtung von gestattungspflichtigen Anlagen (z.B. Anlagen in/an/über/unter Gewässern, Beschneigungsanlagen, Wasserkraftanlagen, Wasserversorgungsanlagen, Erdwärmesonden);
 - Anträge auf Erteilung einer wasserrechtlichen Gestattung (z.B. Nutzung, Herstellung, Beseitigung oder wesentliche Umgestaltung eines Gewässers);
 - Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern;
 - Technische Gewässeraufsicht bei Bauvorhaben im 60-m-Bereich von Gewässern, im Überschwemmungsgebiet/Hochwasserbereich oder im Wasserschutzgebiet;
 - Grundwasserentnahme, Kieswaschanlagen und Niederschlagswasserbeseitigung;
 - Erlaubnis einer Bauwasserhaltung.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: poststelle@lra-oal.bayern.de, Telefon: 08342 911-0.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: datenschutzbeauftragter@lra-oal.bayern.de

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 Buchst. c und e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit Art. 4 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG);

Ergänzend aufgrund dem Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) sowie der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV).

Die jeweils detaillierte Rechtsgrundlage können Sie bei Ihrem/Ihrer zuständigen Sachbearbeiter/in erfragen.

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Das Landratsamt Ostallgäu verarbeitet für die hier genannten Zwecke folgende personenbezogenen Daten:

- Stammdaten (z.B. Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, Kontaktdaten) des Anlagenbetreibers bzw. von Personen einer Anlagengemeinschaft;
- Daten und Ort der Anlage.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Die von Ihnen gemachten Angaben werden im Landratsamt Ostallgäu innerhalb der Fachabteilungen wie Umwelt- und Wasserrecht, Staatliches Bauamt, Naturschutz und Landespflege, Kommunale Abfallwirtschaft, Gesundheits- und Veterinäramt verarbeitet. Darüber hinaus, übermitteln wir die Daten zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben oder im Falle von Ordnungswidrigkeiten, Umweltstraftaten und Klageverfahren an weitere Behörden, Gerichte oder Stellen wie betroffene Gemeinden, Märkte oder Kreisverwaltungsbehörden, Gewerbeaufsichtsamt, Wasserwirtschaftsamt, Landwirtschafts- und Forstbehörden, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU), Fachberater für Fischerei, Sachverständige nach dem Wasserhaushaltsgesetz, oder weitere Personen, die in wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen sind (z. B. Grundstücksnachbarn, Rechtsinhaber, Gewässereigentümer).

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

In Zusammenhang mit der hier genannten Verarbeitungstätigkeit erfolgt keine Weitergabe oder Übermittlung von personenbezogenen Daten an Drittländer.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

In der Regel sind dies 30 Jahre nach Stilllegung einer Anlage bzw. nach Beendigung der Vorgangsbearbeitung. Für bestimmte Vorgänge (z.B. Wasserbuch), beträgt die Speicherdauer 50 Jahre.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir als Verantwortlicher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: 089 212672-0, Telefax: 089 212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).

10. Widerrufsrecht - soweit die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Quelle und Herkunft der Daten; Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die erforderlichen personenbezogenen Daten erheben wir im Regelfall direkt bei der betroffenen Person. Ggf. erhalten wir ergänzende Daten und Informationen zweckgebunden über weitere Behörden, Gerichte, Sachverständige oder öffentliche Stellen.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir setzen in diesem Zusammenhang keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO ein und verarbeiten Ihre Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu bewerten.

13. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Verpflichtung zur Angabe Ihrer Daten ergibt sich aus den genannten gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet, ggf. ein Bußgeld verhängt, oder die Vorlage eines Auskunftsbogens angeordnet werden. Ebenfalls kann die weitere Nutzung des betreffenden Objekts untersagt werden.